

Alte Meierei: Kostenfalle!

Die CDU-Gemeinderatsfraktion lehnt die geplante Sanierung der denkmalgeschützten Alten Meierei in Kaltental für das betreute Wohnen des Blaukreuz-Zentrums entschieden ab. Mit dem angestrebten Beschluss setzt die grün-linke Gemeinderatsmehrheit ihren Kurs fort, politische Wunschvorstellungen über die finanzielle Realität zu stellen.

Bereits die veranschlagten Kosten von 3,2 Millionen Euro geben Anlass zu erheblichen Zweifeln. Denn die Verwaltung räumt selbst ein, dass künftige Baupreissteigerungen in dieser Summe noch gar nicht berücksichtigt sind, obwohl der Baubeginn erst in einigen Jahren erfolgen soll. Hinzu kommt, dass es sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude handelt. Jeder, der kommunale Bauprojekte verfolgt, kennt die erheblichen Kostenrisiken, welche mit einem solchen Vorhaben verbunden sind. Die Gefahr, dass sich das Projekt zu einem Millionengrab entwickelt, liegt also offen auf dem Tisch – trotzdem will die grün-linke Mehrheit das Vorhaben durchdrücken.

Wie wenig wirtschaftliches Denken eine Rolle spielt, zeigt auch der geplante Aufzug. Das Blaukreuz-Zentrum hat selbst erklärt, dass ein Aufzug für den Betrieb nicht erforderlich ist. Dennoch soll er gebaut werden. Zusätzliche Kosten werden also bewusst beschlossen, obwohl hierfür nicht einmal ein konkreter Bedarf besteht.

Ein anderer Weg wäre deutlich sinnvoller. Statt die Stadt in eine kaum kalkulierbare Kostenfalle laufen zu lassen, sollte angesichts der katastrophalen Finanzlage der Landeshauptstadt geprüft werden, ob die Immobilie an eine Familie oder für eine andere Nutzung verkauft werden kann.

Für das betreute Wohnen des Blaukreuz-Zentrums wäre ein systematischer Suchlauf durch das städtische Immobilienportfolio am naheliegendsten. Nicht ausgelastete Flüchtlingsunterkünfte im Stadtgebiet zeigen beispielhaft, dass entsprechende Kapazitäten bereits vorhanden sind. Angesichts dauerhaft rückläufiger Prognosen ist nicht erkennbar, dass sich daran in absehbarer Zeit grundlegend etwas ändern wird. Hier ließen sich soziale Verantwortung und die unvermeidliche finanzielle Vernunft sinnvoll miteinander verbinden.

Die CDU-Fraktion steht zu ihrer sozialen Verantwortung. Wir stehen aber ebenso für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld und zukunftsfähige Stadtfinanzen. Diesem Anspruch wird der voraussichtliche Beschluss der grün-linken Mehrheit nicht gerecht.